

Das
braucht Nordhausen!

- Programm der FDP Nordhausen
zur Kommunalwahl am
25.05.2014 -

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
Präambel.....	2
Bessere Lebensqualität durch nachhaltige Finanzen	3
Soziales- Hilfe zur Selbsthilfe als Grundlage einer fairen Gesellschaft	4
Wirtschaft als Grundlage unseres Wohlstandes	5
Verkehr, Infrastruktur und Öffentlicher Personen Nahverkehr (ÖPNV)	6
Wohnortnahe Gesundheitsversorgung.....	7
Bildung und Familie.....	8
Ehrenamt	9
Kultur und Sport - Grundlage geistiger und körperlicher Leistungsfähigkeit	10
Bürgerrechte und transparente Verwaltung.....	11
Umwelt, Heimat und Tourismus	12

Präambel

Liebe Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Nordhausen,

wir Freien Demokraten sehen in der kommunalpolitischen Verantwortung das entscheidende Element der politischen Ordnung. Denn nur hier trifft man direkt auf die Bürgerinteressen und nur hier entsteht Heimat – auch durch das, was wir tun. Nur hier vor Ort kann neues Engagement wachsen für eine Gesellschaft, in der es sich lohnt, zu leben, zu arbeiten und sich einzusetzen – nicht nur für sich, sondern auch für andere. In den Kommunen steckt die Keimzelle jeder Demokratie.

Wir Liberale machen ihnen daher mit dem vorliegenden Programm ein Angebot, das vor allem auf unseren politischen Erfahrungen hier vor Ort basiert. Unsere Abgeordneten und Kandidaten kommen aus der Region und wissen welche Probleme existieren.

Wir wollen durch Mut zum Fortschritt die Zukunft des Landkreises Nordhausen sichern, Handlungsspielräume erhalten und die Lebensqualität unserer Heimat nachhaltig verbessern. Freiheit, Verantwortung und Fairness sind für uns keine Gegensätze, sondern bedingen einander.

Die FDP des Landkreises Nordhausen setzt stärker als alle anderen Parteien und Gruppierungen auf den mündigen Bürger und Eigenverantwortung. Wir stehen als Liberale traditionell für eine transparente Verwaltung, direkte Bürgerbeteiligung und die Wahrung der Bürgerrechte. Unternehmen und Bürger möchten wir von Bürokratie befreien und in der Kreisverwaltung eine Dienstleistungsmentalität etablieren. Diese grundsätzlichen Werte fließen in unsere Vorstellungen von Politik für den Landkreis ein. Denn wir machen Kommunalpolitik mit Leidenschaft für alle Bürger.

Der Kreishaushalt geht mittels Kreisumlage stets zu Lasten der Städte und Gemeinden. Um diesen weiterhin Gestaltungsspielräume zu ermöglichen, lehnen wir jede Erhöhung der Kreisumlage ab. Auch der Landkreis Nordhausen muss lernen, mit seinen Mitteln auszukommen und die eigenen Verwaltungsstrukturen effizienter zu gestalten, Einsparmöglichkeiten auszuschöpfen.

Uns erwarten viele Herausforderungen, die wir mit Herzblut und klarem Verstand anpacken müssen. Wir laden Sie dazu ein, gemeinsam mit uns diesen Weg zu gehen.

Franka Hitzing
*Fraktionsvorsitzende
der FDP im Kreistag*

Claus Peter Roßberg
FDP Kreisvorsitzender

Martin Höfer
*Fraktionsvorsitzender
der FDP im Stadtrat*

Manuel Thume
*Kreisvorsitzender
Junge Liberale*

Bessere Lebensqualität durch nachhaltige Finanzen

Im Bereich Finanzen orientieren wir uns an der nordthüringer Hausfrau – wir geben nur das aus, was wir einnehmen. Solide Kreisfinanzen sind der Garant dafür, dass auch in Zukunft noch Handlungsspielräume für die Gestaltung unseres Kreises bestehen und nachfolgende Generationen nicht benachteiligt werden.

Die Schuldenlast unseres Landkreises und der Kommunen ist teilweise erdrückend. Hinsichtlich der **Transparenz** über die Frage, wofür die Kreisgelder verwendet werden, besteht noch viel Verbesserungsbedarf. Wir wollen sparsam haushalten, denn der Kreishaushalt belastet als Umlagehaushalt direkt die Finanzen der Gemeinden. Wir verstehen uns als Treuhänder der Gelder und des Vermögens der Bürger.

Gerade angesichts der angespannten Finanzlage der Gemeinden ist es wichtig, dass auch auf Kreisebene der Status quo nicht einfach fortgeschrieben wird. Wir möchten den Gemeinden bessere finanzielle **Handlungsspielräume ermöglichen**. Daher darf es **keine Anhebungen der Kreis- und Schulumlage** geben. Nur mit klaren Zielvorgaben wird jedoch die von uns geforderte Transparenz, was der Kreis mit welchen finanziellen Mitteln macht, erreicht.

Im Bereich der Aufgabenwahrnehmung setzen wir auf einen Ausbau der Zusammenarbeit mit den Gemeinden des Landkreises und den benachbarten Kreisen bei Aufrechterhaltung der Bürgernähe. Die gemeinsame Rettungsleitstelle mit dem Kyffhäuserkreis kann nur ein erster Schritt sein.

Mit dem Sparen wird oben, in der Leitungsebene, angefangen. Die Landrätin und Beigeordnete müssen entsprechend der Größe unseres Landkreises die angemessene niedrigere Besoldungsstufe und nicht wie bisher die Höchststufe erhalten. Einen zweiten hauptamtlichen Beigeordneten braucht der Landkreis nicht. Das in dieser Wahlperiode eingeführte Fraktionsgeld muss wieder abgeschafft werden. Posten in der Verwaltung und kommunalen Unternehmen gehören nach Qualifikation und nicht Beziehung und Parteibuch besetzt.

Alle wirtschaftlichen Beteiligungen des Landkreises Nordhausen müssen auf ihren Erfolg hin überprüft werden. Die Kreisverwaltung ist nicht von sich aus der bessere Unternehmer. Alles was nicht zur Daseinsvorsorge zählt und was auch private Unternehmer leisten können, muss nicht aus ideologischen Gründen und um Posten zu schaffen in Verantwortung und Besitz der öffentlichen Hand verbleiben. Maßstab ist, was am besten für die Bürger und Mitarbeiter der Unternehmen - die Menschen des Landkreises - ist.

Die Grundstückspreise sind u. a. wegen der niedrigen Zinsen gestiegen. Nicht benötigte Grundstücke im Eigentum des Landkreises gehören endlich offensiv vermarktet, permanent über das Internet zum Kauf angeboten. Der Wertverfall durch leerstehende kommunale Gebäude ist zu stoppen.

Wir wollen:

- solide Kreisfinanzen und sparsame Haushalte und Kampf gegen Verschwendung von Steuergeldern
- Abschaffung der Stelle des 2. hauptamtlichen Beigeordneten – 3 Häuptlinge braucht der Landkreis nicht!
- Nach Größe des Landkreises angemessene Vergütungsstufen von Landrätin und Beigeordneten
- Abschaffung des neu eingeführten Fraktionsgeldes im Kreistag
- Besetzung von Ämtern und Posten nach Qualifikation und nicht nach Parteibuch
- keine Erhöhung der Kreis- und Schulumlage – mittelfristig eher eine Senkung
- mehr Gestaltungsspielräume für Städte und Gemeinden
- Transparenz über Verwendung finanzieller Mittel und Beteiligungen

Soziales - Hilfe zur Selbsthilfe als Grundlage einer fairen Gesellschaft

Die Sozialpolitik gehört zu den Kernaufgaben des Landkreises. Sie umfasst nicht nur die Auszahlung von Transferleistungen, sondern auch wichtige soziale Dienste, von der Beratung bis hin zur individuellen Förderung. Wir bekennen uns zur Solidarität. Sie ist Grundlage des menschlichen Miteinanders und keine Einbahnstraße. Voraussetzung dafür ist eine starke Zivilgesellschaft und nicht zuallererst der Staat.

Die Aktivitäten auf dem Gebiet der **Jugend- und Familienhilfe** werden an Bedeutung gewinnen und verdienen unsere Unterstützung. Wir wollen, dass der Landkreis in den nächsten fünf Jahren eine Qualitätsoffensive im Bereich der sozialen Dienstleistungen angeht und Verbesserungspotenziale identifiziert und realisiert. Nicht die Höhe der eingesetzten finanziellen Mittel, das Wohlergehen der sozialen Träger, sondern vor allem die **Wirkung für die Betroffenen** muss oberste Priorität haben. Wir wollen einen regelmäßigen **Bericht über die Lage der sozial Benachteiligten** im Landkreis als Grundlage für weitere Planungen und Entscheidungen.

Durch die steigende Lebenserwartung kommen auf den Landkreis in Zukunft neue Herausforderungen zu. Das Netz an **Pflegeeinrichtungen** schafft eine solide Basis, um pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen die notwendige Unterstützung zuteilwerden zu lassen. Es muss alles getan werden, damit unsere älteren Bürgerinnen und Bürger solange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben können. **Bürgerinitiativen, Vereine und Genossenschaften**, die sich für ein würdiges Leben im Alter einsetzen, müssen gefördert, das bürgerliche Engagement muss anerkannt werden.

Die Gestaltung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten und Horte muss sozial angemessen sein. Daher fordert die FDP hier eine Berechnung auf einkommensabhängiger Basis. Eltern mit niedrigerem Einkommen sollen ebenfalls entlastet werden.

Schon seit geraumer Zeit fordert die FDP die Erstellung eines Mietspiegels für Stadt und Landkreis Nordhausen. Hintergrund der Forderung ist die Darstellung des real existierenden Mietniveaus. Dadurch können durch die Kommunen im Bereich der Kosten für Unterkunft und Heizung, sowie des Wohngeldes auch sozialgerechte Mieten gezahlt werden. Bisher findet eine Ballung von sozial benachteiligten Mitbürgern in einzelnen Stadt- bzw. Ortslagen statt. Dies führt zu einer künstlichen Schaffung von sozialen Brennpunkten. Das muss verhindert werden!

Wir wollen:

- Qualitätsoffensive für soziale Dienste – Wirkung für Betroffene zählt
- regelmäßiger Bericht über die Lage der sozial Benachteiligten im Landkreis
- Pflege vor Ort stärken – für ein würdiges Leben im Alter
- bürgerliches Engagement stärker unterstützen und anerkennen
- niedrige KiTa- und Hort-Gebühren auf einkommensabhängiger Basis
- Erstellung eines Mietspiegels um die Bildung sozialer Brennpunkte zu verhindern

Wirtschaft als Grundlage unseres Wohlstandes

Die Themen Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung haben höchste Priorität im Programm der FDP im Landkreis Nordhausen. Nur mit einer gesunden Wirtschaft sind Familien- und Bildungspolitik, Kultur und Sport sowie Umweltschutz im jetzigen Umfang realisierbar.

Es muss erst erwirtschaftet werden, was später verteilt wird!

Der Motor des wirtschaftlichen Wachstums ist der Mittelstand. Viele kleine und mittlere Firmen, vor allem aus den Bereichen Maschinen- und Anlagenbau, Werkzeug- und Formenbau, Kunststoffverarbeitung, Landwirtschaftstechnik, Automobilzulieferer, Bauwirtschaft sowie Lebens- und Genussmittelindustrie und Gesundheitsfürsorge, stellen den überwiegenden Teil aller Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Ähnliches gilt für Handwerksbetriebe, Handel, Dienstleistende und Freiberufler. Sie zu stärken ist eine wichtige Aufgabe. Wir fordern, dass Landkreis und Kommunen bei der Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen diese in möglichst **kleine Lose** aufteilen, damit auch kleine Betriebe vor Ort die Chance haben, Aufträge zu erhalten. Alle diese Firmen, aber auch potenzielle Neuansiedlungen, verdienen in jedem Einzelfall die direkte Unterstützung durch **unbürokratische und schnelle Genehmigungsverfahren** sowie durch die Schaffung einer leistungsfähigen und bedarfsgerechten Infrastruktur. Förderprogramme sind zu optimieren und Hürden zu senken.

Unternehmer und Investoren benötigen einen kompetenten Ansprechpartner – gewissermaßen einen Mittelstandsservice. Finanzielle Belastungen, wie die Gewerbesteuer bzw. lokale Gebühren, sollten auf den Prüfstand. Die Belastung von Betrieben und Bürgern vor Ort ist hoch. Gewerbliche Betriebe in öffentlicher Hand haben nur dann eine Berechtigung, wenn sie für die Daseinsfürsorge notwendig und in ihrer Aufgabenerfüllung besser sind als privatwirtschaftlich geführte Unternehmen. Unbedingt notwendig ist es, unsere **Standortvorteile**, wie die Lage mitten in Deutschland und Europa, wunderschöne Landschaft, reichhaltiges kulturelles und Bildungsangebot, besser zu nutzen. Eine wesentliche Voraussetzung für **Unternehmensneuansiedlungen** ist eine wirtschaftsfreundliche und investitionsfördernde Grundeinstellung auf allen Ebenen der Verwaltung. Die bereits vorhandenen **Netzwerke** sind konsequent zu stärken und auszubauen. Arbeitslose müssen gezielter qualifiziert werden und Jugendliche benötigen neben einem Schulabschluss über die Berufsausbildung hinaus eine **Perspektive vor Ort**.

Wir wollen:

- schlanke Ausschreibungen mit kleinen Losgrößen
- unbürokratische und schnelle Genehmigungsverfahren für Neuansiedlungen
- Optimierung von Förderprogrammen, Hürden senken
- Breitbandversorgung als Standortfaktor
- finanzielle Belastungen (Gewerbesteuer, Gebühren etc.) auf den Prüfstand
- Standortvorteile mitten in Europa nutzen und stärker nach außen kommunizieren
- eine zentrale Wirtschaftsförderung von Stadt und Landkreis Nordhausen

Verkehr, Infrastruktur und Öffentlicher Personen Nahverkehr (ÖPNV)

Mobilität ist für unsere **ländliche Heimat** ein wichtiger Standortfaktor. Die FDP möchte sie auch für die Bürger kleinerer Gemeinden zukünftig sicherstellen. Dem ÖPNV im Landkreis fehlt eine **einfache Taktung**. Durch die großen Omnibusse kommt es oft zu Leerfahrten. Der tatsächliche Mobilitätsbedarf wird nicht abgedeckt und Ressourcen werden an der falschen Stelle verschwendet. Deshalb möchten wir die Fahrpläne mit „**Sammeltaxis**“ und „**Rufbussen**“ weiter ergänzen und damit flächendeckende Mobilität sicherstellen. Zusätzlich befürworten wir ein Modellprojekt zur **Vernetzung des privaten PKW-Verkehrs** mit den Fahrplänen des ÖPNV. Mittelfristig kann die Attraktivität des ÖPNV durch eine **Anbindung an einen Verkehrsverbund** gesteigert werden. Statt an bisherigen zum Teil zu starren Regelungen festzuhalten, befürwortet die FDP innovative und flexible Konzepte, die sich **am Bedarf der Menschen orientieren**.

Die Landesstraßen im Landkreis Nordhausen sind meist in einem eher schlechten Zustand. Eine Übertragung von Landesstraßen an den Landkreis Nordhausen sehen wir aufgrund der schlechten Erfahrungen mit der Gegenfinanzierung durch die Landesregierung kritisch.

Eine **direkte Einbindung von Bürgerinitiativen** ist für uns als Liberale unverzichtbar. Bei künftigen Bauprojekten muss eine effektive **Bürgerbeteiligung** schon in der Planungsphase beginnen. Für eine positive Entwicklung der Südharzregion fordern wir Ortsumgehungen für Harztor und Nordhausen, den Bau der B 243 neu und den Ausbau der B4.

Wir wollen:

- bei künftigen Bauprojekten Bürgerbeteiligung von Anfang an
- keine Kommunalisierung maroder Landesstraßen ohne Instandsetzung und Erneuerung durch den Freistaat
- Ausdünnung des „Schilderwaldes“ – allgemeine StVO-Regeln statt Überregulierung
- Errichtung notwendiger Ortsumgehungen und Entlastung der Ortskerne
- Einbindung von Fahrgemeinschaften in die Fahrpläne des ÖPNV
- Sammeltaxis und Rufbusse für bedarfsorientierte Mobilität statt Leerfahrten
- Bildung eines Nordthüringer Verkehrsverbundes mit EIC, KYF und UH-Kreis

Deshalb fordern wir von Land und Bund:

- Ausbau der B4 in Richtung Erfurt – vor allem der Hainer Berge
- Ortsumfahrungen der B4 für Nordhausen und Harztor
- Unverzüglicher Weiterbau und Fertigstellung der B243n in Richtung Osterode

Wohnortnahe Gesundheitsversorgung

Die Sicherung eines leistungsfähigen, zukunftsfähigen und dennoch bezahlbaren Gesundheitswesens ist ein wesentliches Anliegen der FDP.

In Anbetracht der demografischen Entwicklung und der technologischen Innovationen stellt dies eine große Herausforderung dar.

Der Kreis Nordhausen verfügt über eine hervorragende medizinische Infrastruktur; das Südharzkrankenhaus als Krankenhaus der überregionalen Versorgung, das Helios-Krankenhaus in Bleicherode und das Evangelische Krankenhaus in Neustadt erbringen Leistungen auf hohem Niveau. In einem breit gefächerten System der ambulanten Versorgung mit 110 Arzt- und Psychologenpraxen mit ca. 450 Beschäftigten findet die Grund- und spezialisierte Betreuung statt. Diese Kapazitäten zu erhalten gehört zu den vornehmsten Aufgaben der kommunalen Körperschaften.

Ein funktionierendes Gesundheitssystem ist schließlich ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor für unsere Region. Eine alljährliche Berichterstattung zum Stand der medizinischen Betreuung durch die Landrätin/den Landrat sollte zur wiederkehrenden Pflicht erklärt werden. Nur so kann z. B. rechtzeitig auf drohende bzw. vorhandene Unterversorgung in den einzelnen Teilbereichen reagiert werden.

Wir wollen:

- die Qualität der medizinischen Versorgung als Standortfaktor begreifen
- die vorhandenen Fördermaßnahmen und –programme aus kommunaler Sicht begleiten und unterstützen

Bildung und Familie

Die Bildung der **Kinder und Jugendlichen** im Landkreis nimmt für die FDP im Landkreis Nordhausen einen besonders hohen Stellenwert ein. Gute Bildung ist auch Ausdruck von Chancengerechtigkeit. Der Landkreis Nordhausen kann keine direkte Schulpolitik betreiben, steht aber als **Träger** der öffentlichen Schulen in der Verantwortung, gute räumliche Rahmenbedingungen in den einzelnen Bildungsstätten zu schaffen. Um eine moderne und den Ansprüchen der Zeit gerecht werdende, aber auch **finanzierbare Ausstattung** der Schulen im Kreis zu gewährleisten, setzen wir uns für einen zielgenauen und nachhaltigen Umgang mit den dafür zur Verfügung stehenden Mitteln ein. Die Schulen dürfen nicht das „Sparschwein“ der Kreisfinanzen sein. Eine vorschnelle Schließung von Schulstandorten und Fusion von Schulen gibt es mit uns nicht. Es bleibt bei dem Grundsatz kleine Füße – kurze Wege. Statt aus ideologischen Gründen dauernd über neue Schulformen wie die Gemeinschaftsschulen zu diskutieren, gilt es verlässliche Bildungseinrichtungen vor Ort zu erhalten. Wir setzen auf den Erhalt des derzeitigen Baubestandes und eine Ausstattung der Unterrichtsräume, die auf die immer größer werdende Bedeutung der **modernen Medien** vorbereitet ist.

Jeder Schüler sollte nach Möglichkeit die Schule besuchen können, die seinen **Fähigkeiten und Begabungen** am ehesten gerecht wird – auch wenn diese nicht die zum Wohnort nächstgelegene ist. Hier soll der Landkreis stärker als bisher über das vielfältige Angebot im Kreis informieren. Für eine Stärkung der **Schulfreiheit** müssen die hohen bürokratischen Hürden in Bezug auf die Rückerstattung von **Schülerbeförderungskosten** gesenkt werden.

Gute Bildung der Jugendlichen und qualifizierte lebenslange Fortbildung verstehen wir auch als Kapital für eine gesunde Region in der Zukunft – gut ausgebildete Schul- und Studienabgänger möchten wir im Landkreis halten! Hier muss der Kreis in Kooperation mit ortsansässigen Unternehmen und Bildungseinrichtungen – vor allem der **Fachhochschule Nordhausen** – vorhandenes Potenzial stärker nutzen und nach außen kommunizieren, beispielsweise im Rahmen von Ausbildungsmessen.

Zur Attraktivität unserer Region gehört auch das Angebot für **junge Familien**. **KINDERLÄRM IST ZUKUNFTSMUSIK**. Wir möchten Familien, die sich für den **Landkreis Nordhausen als Lebensmittelpunkt** entscheiden, bei der Bewältigung des Spagates zwischen Beruf und Privatem unterstützen. Die Probleme beginnen häufig schon bei der Suche des Kita-Platzes. Auch hier muss der Kreis den Betroffenen zur Seite stehen und über das bereits bestehende Angebot an Kindertagesstätten zielgerichtet informieren. Ein einfaches Instrument dazu wäre beispielsweise die Einrichtung einer kreisweiten „**Kita-Börse**“, die vernetzt über freie Betreuungsmöglichkeiten in unserer Region informiert.

Wir wollen:

- Mittel für die Bildung dürfen auch nur für Bildung verwendet werden
- keine vorschnelle Schließung von Schulstandorten – kleine Füße , kurze Wege
- eine moderne, mediengestützte Ausstattung der Schulen
- die Unterstützung der Schulfreiheit durch den Kreis
- Programme zur Bindung von jungen Menschen an unsere Region
- keine weitere Kürzung der Mittel für die Jugendarbeit

Ehrenamt

„Freiheit ist die Verantwortung des Erwachsenen“

(Joachim Gauck)

Wir sagen Danke an alle ehrenamtlichen Helfern im Landkreis Nordhausen. Das Ehrenamt ist Fundament einer freien Gesellschaft und muss weiter gestärkt werden. Viele Bereiche wären ohne die Leistungen ehrenamtlicher Helfer nicht mehr vorstellbar. Bürokratie und unnötige Kosten behindern jedoch viel zu oft privates Engagement. Dem gebieten nur Liberale Einhalt, indem sie dem Einzelnen wieder mehr Luft zum Atmen geben wollen. Deshalb möchten wir Verwaltungsgebühren für ehrenamtliche Zwecke abschaffen und die entsprechenden Ordnungen und Satzungen dementsprechend ändern.

Für eine bessere Wertschätzung des Ehrenamtes müssen Unternehmen zukünftig in eine **"Strategische Partnerschaft Ehrenamt"** einbezogen werden, da diese oftmals ehrenamtliche tätige Mitarbeiter freistellen müssen (z. B. Freiwillige Feuerwehr). Voraussetzung hierfür ist beiderseitiges Verständnis. Das Zusammenspiel von Wirtschaft und Ehrenamt ist notwendig, damit das private Engagement der Mitarbeiter im Unternehmen stärker gewürdigt werden kann.

Egal ob bei der Feuerwehr, in Sportvereinen, Kirmesgesellschaften, Bürgerinitiativen, Stiftungen, Genossenschaften oder anderen Organisationen – ehrenamtliches Engagement stärkt den Zusammenhalt, ermöglicht eine Identifikation mit der Heimat und vermittelt wichtige Grundwerte. Wo immer Menschen in verantworteter Freiheit tätig werden, finden diese bei liberalen Politikern Partner.

Zur Anerkennung des Ehrenamtes hat die Thüringer Ehrenamtsstiftung die „Ehrenamts card“ eingeführt. Dadurch sollen die ehrenamtlichen Tätigkeiten der Bürgerinnen und Bürger öffentlich gewürdigt werden, die sich in besonderer Weise für ihre Mitmenschen im örtlichen Gemeinwesen, in ihrer Gemeinde bzw. in ihrem Landkreis einsetzen. Ohne diese ehrenamtlichen Arbeiten wäre vieles nicht möglich. Der Landkreis Nordhausen ist einer von 2 Landkreisen in Thüringen, der diese Karte noch nicht eingeführt hat.

Wir wollen:

- Gebührenfreiheit bei Verwaltungsvorgängen für ehrenamtliche Zwecke
- Unterstützung und Wertschätzung des Ehrenamtes
- Bürgern mehr Luft zum Atmen und für ehrenamtliche Initiative lassen
- Mitbestimmungsrechte, Bürokratieabbau und moderne Verwaltung als Dienstleister
- freiwillige Selbstorganisation fördern
- jährlich eine zusätzliche pauschale Unterstützung für die Kreisfeuerwehrverbände, zur unbürokratischen Nachwuchsförderung und für Feuerwehrführerscheine etc.
- Einführung der Ehrenamts card

Kultur und Sport - Grundlage geistiger und körperlicher Leistungsfähigkeit

Kultur und Sport machen den Landkreis Nordhausen für die Menschen lebens- und liebenswert. Ein attraktives Kulturangebot prägt die örtliche Darstellung und zieht Menschen an. Kultur trägt zur **Bildung** bei und **kulturelle Vielfalt** zu **Identität** und Identifikation. Sie ist wie der Sport wesentlicher Bestandteil der **Freizeitgestaltung**. Vereins- und Freizeitsport stärken die Gesundheit, fördern den Gemeinsinn und tragen zur **Persönlichkeitsbildung** bei.

Viele Projekte und Einrichtungen finden Anerkennung über die Grenzen der eigenen Gemeinde oder Stadt und über den Landkreis hinaus. Wir achten auch zukünftig darauf, dass Kultur- und Sportangebote auch in Zeiten knapper Kassen nicht in Frage gestellt werden. Darüber hinaus verstehen wir regionale Kulturerhaltung und Brauchtumpflege als wichtige „weiche Faktoren“ für Wohn- und Standortentscheidungen. Daher ist der Erhalt des Theaters Nordhausen/Loh-Orchesters Sondershausen sowie der Kreismusikschule und der Volkshochschule von immenser Bedeutung. Wir sehen die Hilfestellung des Kreises in Angelegenheiten des Sports als Investition in die Gesundheit und damit in ein elementares Bedürfnis aller Menschen. Wir verstehen die Hilfestellung des Kreises für differenzierte Sportangebote im Breitensport auch als Gesundheitsförderung, Fitness und Prävention in einer älter werdenden Gesellschaft.

Wir wollen:

- kulturelles und sportliches Engagement auch weiterhin durch den Kreis fördern
- Kunst und Kultur schützen und erhalten
- Fortbestand des Theaters Nordhausen
- Bürgerbefragungen statt Standortentscheidungen von „oben“ (z. B. Kulturbibliothek)
- nicht nur die Förderung einzelner exklusiver Kultureinrichtungen – kulturelle Vielfalt im gesamten Landkreis erhalten

Bürgerrechte und transparente Verwaltung

Unsere freiheitliche Gesellschaft wurde durch zahlreiche Abhörskandale und ungesichert verwahrte Aktenarchive auch in unserer Region erschüttert. Als traditionelle Bürgerrechtler widersprechen wir einem Generalverdacht gegen alle Bürger und fordern auch auf kommunaler Ebene mehr Sensibilität für **Datenschutz** und **Bürgerbeteiligung**.

Durch eine neue **Mitmachmentalität** können wir die Identität des Landkreises stärken. Richtungsentscheidungen dürfen künftig nicht mehr in Hinterzimmern entschieden werden. Zukunftsfähige Strukturen können nur auf freiwilliger Basis und von unten entstehen.

Mittels Bürgerfragestunden im Kreistag können wir einen direkten Draht zum Landkreis herstellen. Zur Verbesserung der Transparenz ist darüber hinaus **Livestream**-Übertragungen öffentlicher Kreistags- und Gemeinde- bzw. Stadtratssitzungen und Ausschüsse zu prüfen. Das Internetangebot des Landkreises und der Gemeinden sollte zu einer interaktiven Dialog- und Informationsplattform weiterentwickelt werden. In diesem Zusammenhang hat für den ländlich geprägten Landkreis Nordhausen ein effizientes **E-Government** (elektronische Verwaltung) hohe Priorität, um unnötige Wege und Zeit bei Verwaltungsvorgängen einzusparen. Dies bedeutet nicht nur das bloße Bereitstellen von Formularvordrucken. Wir möchten den Landkreis mit **Bürgerterminals** zu einem Vorreiter in Sachen Bürgernähe und schlanker Verwaltung machen. Durch eine weitgehende Rückgabe von **Eigenverantwortung** in Verwaltungsverfahren an den Bürger (Kunden) schafft man auch mehr nutzbare Ressourcen bei Verwaltungspersonal und -infrastruktur.

Dienstleistungsunternehmen am Markt werden u.a. an ihren **Qualitätsstandards** gemessen und grenzen sich damit auch von ihren Konkurrenten ab. Eine solche Qualitätsmessung ist auch in Bereichen der öffentlichen Verwaltung erforderlich und umsetzbar.

Wir wollen:

- mehr Sensibilität für Bürgerbeteiligung und Datenschutz
- Livestream-Übertragungen der öffentlichen Kreistags-, Gemeinde-, Stadtrats- und Ausschusssitzungen
- Informationsfreiheitsgesetz für den Landkreis Nordhausen
- Verwaltung als Dienstleister am Bürger – effiziente Verwaltungsstrukturen
- Ausbau des E-Governments
- Bürgerterminals im Kreisgebiet mit Kamera, Scanner und Drucker als virtueller Zugang zur Verwaltung

Umwelt, Heimat und Tourismus

Unsere Region verfügt mit dem **Südharz**, der **Hainleite** und dem **Karstwanderweg** über eine einmalige Landschaft mit enormer Vielfalt. Des Weiteren bietet der Landkreis Nordhausen eine Vielzahl touristischer oder kultureller Angebote und Möglichkeiten. Dieses Potenzial ist weiter zu nutzen und auszubauen.

Der Schutz der Umwelt und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen sind im Sinne von Vielfalt und Verantwortung zentrale Aufgabenfelder liberaler Politik. Zu diesem Ziel bekennt sich die FDP Nordhausen.

Wir sind gegen weitere Gipsabbauflächen im Südharz - insbesondere die Rüdigsdorfer Schweiz ist in ihrem Kernbereich als wichtiges Naturschutz- und Gipskarstgebiet vor neuen Verritzungen zu schützen. Des Weiteren muss eine ausgewogene Balance gefunden werden zwischen der Sicherung regionaler Arbeitsplätze sowie der berechtigten Erwartung einer umweltverträglichen Bewirtschaftung im Bereich der Südharzer Karstlandschaft. Innovationen und Renaturierungen eröffnen hierbei weitgehende Möglichkeiten.

Aus Sicht der FDP sind für einen effizienten und vorausschauend praktizierten Umwelt- und Naturschutz die Menschen durch ihr Engagement vor allem Partner, deren Meinungen in der Diskussion um die Ausweisung weiterer Naturschutzlandschaften respektiert werden muss. Daher ist es wichtig, dass Landwirte auch als Partner im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes verstanden werden. Die zukünftige Entwicklung des ländlichen Raumes wird maßgeblich geprägt durch die Landwirtschaft.

Unsere Kulturlandschaften und Ortsbilder dürfen nicht durch den maßlosen Ausbau von Imagetechnologien, wie Solar- und Windkraft, verschandelt werden. Für uns gilt der Grundsatz: Menschen- und Umweltschutz vor Ökohysterie. Solaranlagen gehören auf Dächer und nicht auf Ackerland! Und Windräder gehören nicht in Wälder! Außerdem muss bei der Nutzung von Flächen Revitalisierung vor Neuausweisung stehen. Deshalb sollte es auch gleichberechtigtes und diskriminierungsfreies Miteinander von ökologischer und konventioneller Landwirtschaft geben.

Eine intakte Umwelt ist Voraussetzung für hohe Lebensqualität und touristische Attraktivität in unserer Heimat. Viele Gemeinden der Region sind allein finanziell nicht leistungsstark genug, um auf ihr touristisches Potenzial hinzuweisen oder ein eigenes touristisches Marketing aufzubauen. Die touristische Vermarktung in der Region ist deshalb weiter zu vernetzen. Tourismusmarketing sollte gemeinsam und nicht gegeneinander erfolgen. Ziel muss es sein, mehr Touristen für unsere Region zu begeistern und sie möglichst lange in unserer Region zu halten.

Wir wollen:

- Begrenzung des Ausbaus von Windrädern und Solarparks
- bei der Flächennutzung Revitalisierung vor Neuausweisung
- gleichberechtigtes und diskriminierungsfreies Miteinander von ökologischer und konventioneller Landwirtschaft
- effektiven Hochwasserschutz: Schaffung weiterer Ausuferungsflächen an Gewässern
- Tourismusmarketing miteinander statt gegeneinander, um Besucher länger in der Region zu halten.
- Ausbau und Vernetzung von sicheren Radwegen, und Einbindung in Tourismuskonzepte, überregionale/internationale Vermarktung
- bessere Vernetzung der Tourismusangebote – auch digital.